

Berufsbildung osteuropäischer Länder im Umbruch

Margret Kunzmann



Dr. päd., Diplomhandelslehrerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung 5.3 Internationaler Vergleich beruflicher Bildung im Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin

Der Beitrag befaßt sich mit der Entwicklung der Berufsbildung Osteuropas ab Mitte der 80er Jahre. Er bietet einen Einblick in Probleme, Erscheinungen und Ähnlichkeiten der Berufsbildungspolitik und -praxis und macht charakteristische Merkmale der Entwicklungen sichtbar. Die Aussagen basieren auf Ergebnissen langjähriger vergleichender Untersuchungen und Analysen. Es können nur ausgewählte Probleme und Erkenntnisse dargestellt werden; bei denen infolge der Konzentration auf das Wesen der Prozesse und Erscheinungen größtenteils auf Länderspezifika verzichtet werden muß.

Politischer und ökonomischer Umbruch eine Notwendigkeit

Seit Jahren befinden sich die Volkswirtschaften der ČSFR sowie der früheren UdSSR, in Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien in einer zunehmend von Krisenerscheinungen geprägten Situation, die ökonomische Entwicklung stagnierte und war teilweise sogar rückläufig. Der sich verschärfende Widerspruch zwischen den deklarierten Zielen und den Realitäten im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben sowie der sich vergrößernde Rückstand gegenüber westlichen Industriestaaten waren Ausdruck politischer, ökonomischer und sozialer Ineffizienz des politischen und ökonomischen Systems und seiner Unfähigkeit zu Erneuerung.

Ohne Demokratisierung der Gesellschaft keine Marktorientierung der Wirtschaft

Obwohl jeder der osteuropäischen Staaten eine eigenständige Kultur, eigene Traditionen und historische Erfahrungen hat, gibt es doch viele Ähnlichkeiten hinsichtlich der Fehler sowie der sozialökonomischen und politischen Probleme, deren Ursachen sowohl im objektiven (systembedingten) Bereich als auch in subjektiven Faktoren (Willkür) zu finden sind. Hierzu zählen u. a. das Fehlen einer funktionierenden Demokratie, das System des Administrierens mit Zentralisation in Leitung und Planung der Wirtschaft und die damit verbundene mangelhafte Flexibilität mit Pragmatismus und Mangelwirtschaft sowie hinsichtlich des Verhaltens der Menschen, eine Unterentwicklung von Eigeninitiative, Verantwortlichkeit und Selbständigkeit.¹ Früher als die übrigen Staaten erkannten Ungarn und Polen, daß die einzige Alternative zur deformierten Ökonomie der Übergang zur Marktwirtschaft, zu Formen des Privateigentums und damit zu größerer Flexibilität sein kann. Sie versuchten, marktwirtschaftliche Elemente einzuführen und einen Strukturwandel ihrer Wirtschaft einzuleiten. Wie in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auch die UdSSR, ČSFR und Bulgarien, mußten sie die schmerzhaft Erfahrung machen, daß ohne politische Reformen,

ohne wirkliche Demokratisierung der gesamten Gesellschaft keine Marktorientierung der Wirtschaft möglich ist.

Nach dem Umbruch Ende 1989 vollzieht sich der tiefgreifende Wandel im sozialökonomischen Bereich, aber auch im politisch-ideologischen und kulturellen Bereich nur sehr langsam. Die gegenwärtige wirtschaftliche und zumeist auch gesellschaftspolitische Situation ist durch eine große Instabilität sowie in einigen Ländern auch eine gewisse Konzeptionslosigkeit gekennzeichnet. Die dringendsten Aufgaben, wie Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft, stärkere Einbeziehung in die internationale Arbeitsteilung, Schaffung eines sozialen Abfederungssystems für den Übergang zur Marktwirtschaft und Reprivatisierung der Wirtschaft werden aus vielerlei Gründen nur sehr schleppend realisiert.

Die Lebenslage der Bevölkerung hat sich seit Beginn der Umstrukturierung und Modernisierung verschlechtert. Rückgang der Produktion und Produktivität, Betriebsauflösungen, Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen, umfassende Versorgungsschwierigkeiten und weitere Auslandsverschuldung sind Charakteristika der aktuellen Situation, die in den einzelnen Ländern sehr differenziert zu bewerten sind und durch nationale Konfrontation und Belebung alter Konflikte aus der Vorkriegszeit zusätzlich Probleme bringen.²

Die Berufsbildungsentwicklung im Spannungsfeld der sozialökonomischen Veränderungen

Eingebettet in diesen komplizierten sozialökonomischen Prozeß muß die Umgestaltung des Bildungswesens, insbesondere der Berufsbildung nach dem Umbruch in diesen Ländern betrachtet und eingeschätzt werden. Dabei lassen sich durchaus — trotz des länderspezifischen Bedingungsgefüges und stär-

kerer Differenzierung in der konkreten Erscheinungsform — auch in diesem Bereich Ähnlichkeiten hinsichtlich bestimmter Probleme, Schwächen und Mängel der bisherigen Bildungs- und Berufsbildungsentwicklung erkennen. Sie resultieren z. T. aus den historischen Anfängen ihrer sozialistischen Entwicklung nach 1945, wo die meisten der Länder als Agrarstaaten mit einem unterentwickelten Schulwesen, niederem Bildungsniveau und Analphabetentum im Prozeß der Industrialisierung vor allem in den 60er Jahren eine vorrangig auf quantitative Erweiterung orientierte und überwiegend vollzeitschulische Berufsausbildung aufbauten. Mangelnde Tradition einer qualitativen, betrieblich getragenen Facharbeiterausbildung aber auch — besonders in der UdSSR, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Polen — volle Integration der Berufsausbildung als staatliche, öffentliche Aufgabe in das Volkssystem beförderten die Trennung der Ausbildung von der betrieblichen Praxis und den Innovationsprozessen. Das später eingeführte System der „Basisbetriebe“, mit denen jede berufsbildende Schule zusammenarbeitete, um eine praktisch-produktive Ausbildung in den Lehrwerkstätten zu garantieren, sowie die betrieblichen Praktika, die für Vollzeit-Berufsschüler i. d. R. am Ende der Ausbildungszeit durchgeführt werden, konnten diese Praxisferne von Ausbildung und Lehrplänen nicht beseitigen.

Eine zugleich vorhandene gesellschaftliche Überbetonung von allgemeiner, zur Hochschulreife führender Bildung und von Hochschul- und Fachschulabschlüssen in der gesellschaftlichen Werteskala trugen — insbesondere in der Sowjetunion, in Bulgarien und Ungarn — dazu bei, die Facharbeiterausbildung als einen Weg für Leistungsschwache zu betrachten.

Trotz großer Anstrengungen z. B. durch die Einführung einer allgemein-technischen, beruflichen Grundlagenbildung oder einer Ausbildung in breiter profilierten Berufen auch mit gleichzeitiger Vermittlung der zur Hoch-

schulreife führenden Allgemeinbildung, gelang es in den einzelnen Ländern nicht, den Facharbeiterstatus sowie die Facharbeiterausbildung tatsächlich aufzuwerten.

Typisch für die Berufsausbildung war und ist ein permanenter Mangel an materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen, der sich ab Mitte der 80er Jahre, als besonders in Polen, Ungarn, der heutigen ČSFR sowie auch in der UdSSR erste marktwirtschaftliche Mechanismen zu wirken begannen, weiter zuspitzte. Die Betriebe waren infolge eigener Wirtschaftsschwierigkeiten immer weniger bereit, Kosten für die Berufsausbildung zu tragen.

Ein letztes Beispiel für Ähnlichkeiten, die sich durch Verallgemeinerung in der Bildungs- und Berufsbildungsentwicklung erkennen lassen, sind die Reformen der 80er Jahre, durch die die — unter schwierigen Bedingungen entstandenen — Berufsausbildungssysteme endgültig verschult bzw. durch generelle Integration in die allgemeinbildende Schule liquidiert werden sollten.

Einige Aspekte der Bildungsreformen der 80er Jahre und ihre Widersprüche in der Berufsausbildung

Integriert in die proklamierte Gesellschaftsstrategie bestand das Ziel der Bildungsreformen der osteuropäischen Länder in der Anpassung der Systeme, Inhalte und Strukturen an die gesellschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und technologischen Veränderungen und Erfordernisse der 90er Jahre, wobei dem „menschlichen Faktor“ in diesem Prozeß entscheidende Bedeutung beigegeben wurde. Neben einer Reihe progressiver Elemente waren damit zugleich bestimmte Zwänge und Grenzen in die konkreten Entwicklungskonzeptionen projiziert, die zu einem späteren Zeitpunkt mit der Realität kollidieren mußten.

Ziele — Postulate — Realitäten

Das zeigte sich besonders in Rumänien, der ČSFR und in Polen, deren Reformen bereits in den 70er Jahren konzipiert worden waren, aber ebenso in der UdSSR, denn die fehlerhafte Gesellschaftsstrategie und Einschätzung des Wirkungsgrades wissenschaftlich-technischer Innovationen in der sozialistischen Wirtschaft zwangen bereits im Verlauf der Reform zu Korrekturen. Als Beispiel dafür soll Polen angeführt werden, das mit seinem Ende der 70er Jahre eingeleiteten Reformmodell — ohne Beachtung der Realitäten und Möglichkeiten — nicht nur die teuerste Variante gewählt hatte, sondern wo für den Bereich der Berufsbildung schwerwiegende konzeptionelle Schwächen konstatiert werden mußten. Somit führten nicht allein nur die Zwänge der sozialökonomischen und politischen Krise Anfang 1982 zum Abbruch der Reform.³ Ansatz für die Berufsbildungsreformen sollten den einzelnen Ländern die neu fixierten Wirtschaftsstrategien einer „beschleunigten sozialökonomischen Entwicklung“ sein, die neben einer konsequenteren Nutzung der wissenschaftlich-technischen Innovationen die Umbewertung lebendiger Arbeit sowie veränderte Anforderungen an Inhalt und Charakter der Arbeit erforderlich machten und die osteuropäischen Länder zu neuen Denksätzen zwangen.

Neue Ideen — aber widersprüchliche Umsetzung

In diesem Zeitraum gab es viele neue Ideen zur Berufsbildungsentwicklung, wurden Lösungsansätze entwickelt und erprobt, die dem internationalen Trend entsprachen, bspw. Vermittlung einer beruflichen Grundlagenbildung, Weiterführung der Allgemeinbildung oder Entwicklung breitprofilierter Berufe. Die Umsetzung dieser Erkenntnisse und neuen Ansätze in den Berufsbildungskonzeptionen erfolgte sehr differenziert und zum Teil widersprüchlich.

So wurden z. B. in den Konzeptionen Bulgariens, Rumäniens und der UdSSR wurden zwar die Forderungen nach abgeschlossener mittlerer, zur Hochschulreife führender Allgemeinbildung für alle Jugendlichen sowie einer gleichzeitigen breiten allgemein-technischen Grund- und beruflichen Ausbildung für alle in hoher Qualität als Zielsetzung verkündet, doch zugleich waren durch die geplanten Strukturen gegenläufige Wirkungen und Prozesse vorprogrammiert. Die obligatorische berufliche Ausbildung in der 9. und 10. Klasse der sowjetischen Allgemeinbildenden Polytechnischen Mittelschule bzw. die in weniger als zehn Monaten simulierte Berufsausbildung in den Berufsausbildungskomplexen (UPK) im Rahmen der II. Klasse der neuen Einheitlichen Polytechnischen Mittelschule Bulgariens (ESPU) verband z. B. die höhere Allgemeinbildung mit einer Ausbildung in einfachen, meist wenig anspruchsvollen eng profilierten Berufen (Tätigkeitsfeldern). Sie hatte vielfach den Charakter einer Anlernung und diente mehr der kurzfristigen Befriedigung des Arbeitskräftebedarfs als den proklamierten Zielen einer „vielseitig entwickelten Persönlichkeit“. Zur tatsächlichen Gleichstellung und Werterhöhung der Berufsausbildung und eines Facharbeiterstatus trug sie kaum bei. Diese Aussagen gelten auch für die obligatorische berufliche Ausbildung an den Gymnasien der Tschechoslowakei.

Widersprüche erzwangen Korrekturen bestimmter Reformfestlegungen

Früher als in anderen Bildungsbereichen traten in der Berufsbildung Widersprüche der Reformen offen zutage. Ebenso zwangen die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eingeleiteten ersten Wirtschaftsreformen und gesellschaftlichen Veränderungen zu Korrekturen einzelner bildungspolitischer Prämissen und Reformfestlegungen zur Berufsbildungsentwicklung. Sie führten generell zu realistischeren Einschätzungen der Möglichkeiten

und der Effizienz einzelner Ziele und Maßnahmen der Umgestaltung. Als typische Beispiele lassen sich Bulgarien und Rumänien anführen, in denen die ursprünglich geplante schnelle Liquidierung der sich historisch herausgebildeten Berufsausbildungsstrukturen und -einrichtungen zugunsten des neuen integrierenden Einheitsschultyps (ESPU bzw. I. und II. Stufe des rumänischen Lyzeums), der allen eine allgemeine und nach Richtungen/Profilen differenzierte Berufsausbildung vermitteln sollte, revidiert wurde.

Auch in der ČSFR erfolgten in der zweiten Hälfte der 80er Jahre Korrekturen in der Berufsausbildung zur Herstellung eines effektiveren, angepaßten Verhältnisses zwischen allgemeiner und beruflicher Ausbildung. Es wurden veränderte Relationen zwischen theoretischer und praktischer Ausbildung wirksam. In der UdSSR stellte man durch die 1988 eingeleitete „Reform der Reform“ die ursprünglichen Hauptziele und -aufgaben einzelner Schultypen wieder her; die Pflicht zum Erwerb der Hochschulreife an den vollzeitlichen Berufsschulen sowie zur Berufsausbildung an Allgemeinbildenden Mittelschulen wurde abgeschafft, neue Konzeptionen für die künftige Entwicklung der einzelnen Bildungsbereiche entwickelt und zur Diskussion gestellt.

Insbesondere die ab 1988 in einigen Ländern einsetzenden Wirtschaftsreformen führten zu neuen Überlegungen in der Berufsbildungsentwicklung, die als Trends nicht nur in den osteuropäischen Ländern anzutreffen sind, wie die Vermittlung von fachübergreifenden Schlüsselqualifikationen, handlungsorientierte Lernkonzepte, die Notwendigkeit permanenter Weiterbildung und damit die zentrale wachsende Bedeutung beruflicher Fortbildung und Umschulung. Solche Trends wurden zwar erkannt, aber die Umsetzung unter den geschilderten Bedingungen — in der UdSSR bzw. in der heutigen GUS, ČSFR, in Ungarn und Polen — war und ist äußerst schwierig.

Aktuelle Entwicklungen und Probleme nach dem politischen und sozialökonomischen Umbruch

Der Prozeß der Umorientierung der Wirtschaft in den osteuropäischen Staaten von zentralistischer Planwirtschaft auf Marktprinzipien — und damit auf dezentralisierte Formen — hat die Berufsbildung in eine äußerst komplizierte Krisensituation gebracht. Die sukzessive Überwindung dieser Krise erfordert eine tiefgreifende Reform der Planungs- und Durchführungsstruktur, in enger Korrelation mit der angestrebten marktwirtschaftlichen Ordnung.⁴

Sie wird trotz allem über einen längeren Zeitraum die Effektivität und Qualität der Berufsbildung beeinträchtigen, da das für die ehemals sozialistischen Länder typische Bedingungsgefüge nur noch begrenzt funktioniert — beispielsweise die fast ausschließlich vollzeitschulische Berufsausbildung für alle oder die betrieblichen Berufsschulen und Ausbildungsstätten, die sowohl für die theoretische und praktische Ausbildung als auch für ihre Lehrlings-/Schülerwohnheime (z. B. in der ČSFR, Polen oder in der ehemaligen DDR) verantwortlich waren.

Die mit der marktwirtschaftlichen Orientierung, aber vor allem mit der eingeleiteten Demokratisierung entstehenden föderativen Strukturen sowie die durch regionale Dezentralisierung und Einschränkung staatlicher Entscheidungsgewalt bewirken nun folgende Situation: Zahlreiche selbständig werdende und sich selbst finanzierende Betriebe sind jetzt, wo ihnen sowie auch den Arbeitnehmervertretern ein großes Maß an Mitbestimmung und Gestaltungsraum in der Berufsbildung zuerkannt wird, bestrebt, aus Kostengründen die Berufsausbildung, aber auch die Fortbildung und Umschulung bzw. ihre bisherigen für die Vollzeitberufsschule erbrachten Leistungen auf ein Minimum zu begrenzen oder sie völlig einzustellen — oftmals

aus eigenen Existenzgründen. Die Folge ist unter anderem eine weitere Verschlechterung der seit langem unzureichenden materiellen, finanziellen und personellen Bedingungen in den Berufsschulen, Lehrwerkstätten und Ausbildungseinrichtungen, da der Staat ebenfalls nur über sehr begrenzte Mittel verfügt.

Dieser hat auch verstärkt die Aufgabe, Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten, in irgendeiner Form weiter schulisch zu erfassen (z. B. Auffangklassen in der ČSFR, ähnlich einem Berufsvorbereitungsjahr der BRD).

Berufsausbildung nicht aus kurzsichtigen Gründen begrenzen oder einstellen

Neue Finanzierungsmodelle werden erforderlich (z. B. überbetriebliche Fondsbildung), um die Qualität und Quantität der Berufsausbildung zumindest nicht weiter zu verringern; sie sind jedoch erst im Entstehen.

Es läßt sich nur unschwer erkennen, daß einzelne Länder — wie Ungarn, ČSFR — zumindest in einer Übergangsphase eine weitere Verschulung ins Auge fassen. So brachte der stellvertretende Bildungsminister der Tschechischen Republik zum Ausdruck, daß zwar das Endziel eine Entstaatlichung der praktischen Ausbildung sein könne, aber damit erst nach 1993/94, wenn strukturell-wirtschaftliche Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, begonnen werde. Bis dahin müsse die Berufsausbildung — trotz der Praxisferne — stärker in schulischen Einrichtungen erfolgen und sogar neue Formen richtungsorientierter vollzeitlicher Ausbildung erprobt werden.⁵

Betrachtet man die osteuropäischen Länder, ihre aktuelle Situation in der Berufsbildung und ihre eingeleiteten Aktivitäten nach dem Umbruch, so lassen sich zwei Gruppen von Ländern unterscheiden:

Für die **erste Gruppe**, zu der Polen, Ungarn und die frühere UdSSR gehören, begannen die Umdenkungsprozesse — wie bereits dargestellt — schon früher. Es wurden bereits neue Konzeptionen und Modelle zur Diskussion gestellt. Bisher sind aber in keinem Land dazu Entscheidungen getroffen worden. Es hat oftmals den Anschein, daß in Polen und Ungarn — häufig ohne Beachtung eines Gesamtkonzeptes — neue Varianten entstehen und erprobt werden, die stark von ausländischen Geldgebern beeinflusst sind. Und in der neu gegründeten GUS werden sicherlich in den einzelnen Republiken nationale Spezifika eine größere Rolle spielen, so daß ohnehin nur ein allgemeiner Rahmen als Orientierung existieren kann.

Für die **zweite Gruppe**, zu der die ČSFR, Bulgarien und Rumänien gehören, ist typisch, daß nach dem raschen Umbruch Sofortmaßnahmen zur Korrektur bzw. zum Abbruch der „alten“ Reformen beschlossen wurden und zugleich ein Demokratisierungsprozeß im Bildungswesen einschließlich der Berufsbildung begann. Zu solchen Sofortmaßnahmen gehörten:

- die Zurücknahme der Pflicht zum Erwerb mittlerer und abgeschlossener mittlerer Bildung (Hochschulreife) für alle;
- die Rückführung der einzelnen Schultypen auf ihre eigentliche spezifische Aufgabe und die Wiederherstellung einer klaren Aufgabenteilung zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, was gleichzeitig mit der Abschaffung der Pflicht zur Berufsausbildung in den Gymnasien und Lyzeen verbunden war;
- die Schaffung von Voraussetzungen zur Berücksichtigung der Individualität der Auszubildenden;

- das Einräumen von Rechten und Möglichkeiten des Lehrpersonals bei der Modifizierung von Lehrprogrammen;
- Befreiung der Bildungsinhalte von der Ideologie des alten Machtapparats.

Neben solchen Sofortmaßnahmen begannen zugleich auch Analysen und Untersuchungen zur Entwicklung neuer Konzeptionen für eine künftige Umgestaltung der Bildungssysteme. Es wäre verfrüht und vermessen, bereits jetzt die ersten zur Diskussion gestellten Ideen und Modelle sowie die beabsichtigte Entwicklung einschätzen zu wollen.

Eine durchgeführte Analyse vorliegender Materialien und weitere Recherchen lassen jedoch einige Orientierungen und Prämissen erkennen. Hierzu gehören:

- realistische, umsetzbare Zielstellungen;
- das Anknüpfen an frühere Berufsbildungstraditionen und -werte im Lande (weg vom Modell der ehemaligen UdSSR);
- die Öffnung gegenüber neuen Ideen und Erfahrungen vor allem Westeuropas und das Einordnen der Konzepte in ein vereintes Europa;
- die mit der Demokratisierung verbundene größere Selbständigkeit und Verantwortung des Lehrpersonals bei der inhaltlich-methodischen und didaktischen Gestaltung der Berufsausbildung und damit das Freisetzen neuer wertvoller innovativer Potenzen;
- Flexibilität und Vielfalt der Wege und Formen, Inhalte und Methoden sowie der Bildungsträger und die Entwicklung von Alternativmodellen;
- eine differenzierte Weise der Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung;
- die bessere Abstimmung der Bildungsgänge, der im Rahmen des Ausbildungssystems zu erwerbenden beruflichen Qualifikation und der zu verändernden Berufsstrukturen — unter dem Aspekt wechselseitiger Anerkennung von Bildungs- und beruflichen Abschlüssen als eine wichtige Voraussetzung für Freizügigkeit;

- die stärkere Betonung von Fortbildung, Innovation und Umschulung; permanente Bildung als zentrale Forderung, um flexibel auf neue Erfordernisse zu reagieren;
- die Verstärkung der Fremdsprachenausbildung zur Beförderung des Austausches von Lehrpersonal, Lehrlingen/Schülern und Studenten sowie der Mobilität von Arbeitskräften auf dem europäischen Arbeitsmarkt.

Es darf kein Überstülpen oder Kopieren westlicher Lösungen geben

Im Rahmen dieses Beitrages lassen sich weitere Einzelheiten zu den hier betrachteten Ländern, ihren ersten Vorstellungen und Maßnahmen zur Veränderung nicht darstellen. Viel wichtiger erscheint es, abschließend einige Gedanken zur notwendigen, eingeleiteten Unterstützung dieser Länder bei der Umgestaltung der Berufsbildung anzuführen, die auf vielfältigen Ebenen und durch eine Vielzahl unterschiedlicher Institutionen nationalen und internationalen Charakters erfolgt.

In dem gerade erst begonnenen Prozeß der Umgestaltung von Bildung und Ausbildung sind die osteuropäischen Staaten — vor allem infolge der „Altlasten“, der Entwicklungsrückstände und der teilweise völlig neu auf sie zukommenden Probleme — auf umfangreiche Hilfe angewiesen.

Wichtig ist zu erkennen, daß es in der gegenwärtigen Phase des Suchens auf der einen Seite und des Helfens auf der anderen besonders auf Sensibilität beim Umgang mit Traditionen und Bewahrenswertem ankommt. Als Ergebnis eines historischen, nationalgeprägten Entwicklungsprozesses, der eng mit der Wirtschaftsentwicklung und -struktur ver-

flochten ist, reagiert die Berufsbildung besonders sensibel auf sozialökonomische und wissenschaftlich-technische Innovationen, ist in ihrem Funktionieren aber auch davon abhängig. Deshalb sollte es kein „Überstülpen“ oder Kopieren westlicher Lösungen geben. Vielmehr erweist es sich als günstig, solche Unterstützungen eingebunden in Wirtschaftshilfe zu gewähren, und — wie auf dem 3. Europäischen Weiterbildungskongreß 1991 in Berlin deutlich wurde — erwarten diese Länder mehr „Hilfe zur Selbsthilfe“. Sie müssen ausgehend von der eigenen Situation, von den zu schaffenden Strukturen und dem vorhandenen Bildungsniveau tragfähige Modelle selbst entwickeln.⁶

Ausblick

Welches sind nun prioritäre Felder der Berufsbildung, wo Unterstützung durch westliche Einrichtungen und Experten dringend erforderlich wäre?

Erstens ist es der notwendige Auf- und Ausbau einer Berufsausbildung für den neuentstehenden Strukturbereich der Klein- und Mittelbetriebe, insbesondere auch im Handwerk, der nicht nur unterentwickelt ist, sondern z. T. sogar fehlt (z. B. in der heutigen GUS, in Bulgarien, Rumänien, bedingt auch in der ČSFR). Als Folge werden u. a. neue Berufe entstehen — ggf. wird es eine Wiedereinführung früher existierender Handwerksberufe sein. Weiterhin müssen die Inhalte bestehender Berufe verändert werden (z. B. Wegfall überspezialisierter Berufe, dafür komplexe Tätigkeitsfelder).

Zweitens gehört der Auf- und Ausbau des völlig vernachlässigten Bereichs der kaufmännischen Berufsausbildung sowie auch der des Dienstleistungsbereichs zu den wichtigsten Aufgaben, da bisher der tertiäre Sektor (Handel, Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Nachrichtenwesen) in den Ländern völlig unterentwickelt ist. Auf der

Niveaustufe „Facharbeiter“ fehlen solche Berufe meist völlig; dafür wird auf der mittleren beruflichen Ebene in Vollzeitschulen (Technika/Fachmittelschulen) ausgebildet (GUS, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, ČSFR, Polen).

Drittens sind praktikable Lösungen zum Problem Zentralisierung — Dezentralisierung zu entwickeln. Diese Frage hat in der Berufsbildung einen spezifischen Aspekt, denn um die notwendige Kompatibilität beruflicher Abschlüsse im eigenen Land und später auch über die Landesgrenzen hinaus zu sichern, muß die Berufsausbildung, die ja offiziell anerkannte Qualifikationsabschlüsse ermöglicht, auch ein bestimmtes abprüfbares Niveau (Inhalt und Umfang an Wissen und Können) vermitteln. Dazu bedarf es staatlicher Koordinierung, verbunden mit einem Kontrollprinzip unter Beteiligung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit ihren jeweiligen Strukturen zur Einflußnahme. Diese dafür notwendigen Strukturen fehlten bisher völlig und befinden sich erst im Aufbau. Schließlich ist viertens das große Feld der jahrelangen unzureichenden materiellen Ausstattung, finanziellen Ressourcen und nicht zuletzt der Mangel an qualifiziertem Fachpersonal der Berufsbildung zu nennen.

Um Innovationen und alternatives Denken zu implementieren, sind das leitende und Lehrpersonal — im Sinne von Multiplikatoren — rechtzeitig auf Bildungsmanagement, auf neue Strukturmodelle beruflicher Bildung, berufspädagogische Wertmaßstäbe, curriculare Planung u. a. m. vorzubereiten. Hierbei sind Sensibilität im Umgang miteinander sowie Akzeptanz der Meinungen, Erfahrungen und auch divergierender Vorstellungen besonders gefragt.

In seinem Memorandum zum künftigen Regierungssitz Berlin stellte der Bundespräsident, VON WEIZSÄCKER, heraus, daß in diesem Prozeß die fünf neuen Bundesländer für die europäische Entwicklung einen entscheidenden Beitrag leisten können und müssen, da sie für die wichtigsten neuen Verbindungen in Europa ein wertvolles, unersetzliches Gebiet der Kooperation und Kommunikation jetzt und in Zukunft sind.⁷

Auf dem Gebiet der Berufsbildung gibt es in den fünf neuen Ländern langjährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit entsprechenden Einrichtungen in den osteuropäischen Staaten, verfügt man über gute Einblicke und Verständnis zur Berufsbildungssituation sowie über Traditionen im Austausch

von Berufsschülern/Lehrlingen und Lehrpersonal. Im Prozeß der europäischen Annäherung, der nicht nur eine ökonomische Dimension hat, gilt es, diese Erfahrungen zu nutzen.

Anmerkungen

¹ Vgl. *Vom Traum zur Wirklichkeit — Osteuropa im Umbruch*. In: *Akzente*, (1990), Maiheft, S. 55—56

² Vgl. *Brutenz, K.: Neue politische Landschaft*. In: *Neue Zeit*, Moskau, (1990), H. 22, S. 13—15

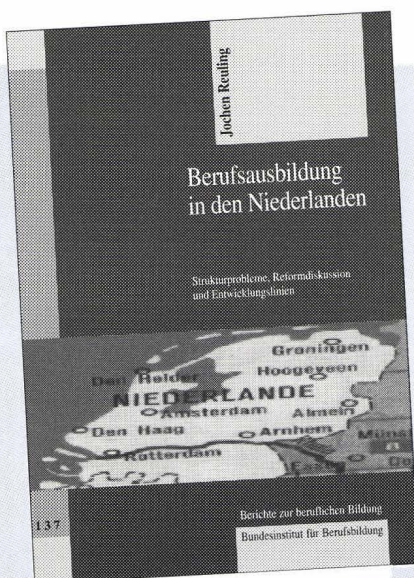
³ Vgl. *Kunzmann, M.: Länderproblemstudie zum Stand und zur Berufsbildungsentwicklung in Polen*. Berlin 1988. (Standort: Bibliothek des BIBB)

⁴ Vgl. *Schäfer, H. P.: Berufsbildung und berufliche Weiterbildung in der DDR, ČSFR und Ungarn in der Phase des politisch-ökonomischen Umbruchs — Thesen. Pädagogik und Schule in Ost und West*, (1990), H. 3, S. 174—179

⁵ Vgl. *Koucký, J.: Die zerrüttete Grundlage unseres Schulwesens. Interview mit dem ökonomischen Stellvertreter des Bildungsministers der ČR*. In: *Hospodarske noviny*, Praha vom 26. 2. 1991

⁶ Vgl. *Baum, B.: Ankoppeln bei voller Fahrt. 3. Weiterbildungskongreß erörterte in Berlin Hilfen für Osteuropa*. In: *Berliner Zeitung*, (1991), Nr. 67, S. 11

⁷ Vgl. *Weizsäcker, R.: Berlin — Weichenstelle in die Zukunft. Memorandum des Bundespräsidenten*. In: *Die Welt*, (1991), Nr. 59, S. 5



Jochen Reuling

BERUFAUSBILDUNG IN DEN NIEDERLANDEN

STRUKTURPROBLEME, REFORMDISKUSSION UND ENTWICKLUNGSLINIEN

BERICHTE ZUR BERUFLICHEN BILDUNG, HEFT 137, Berlin 1991, 64 Seiten, 12,- DM ISBN 3-88555-461-5

Sie erhalten diese Veröffentlichung beim Bundesinstitut für Berufsbildung Referat Veröffentlichungswesen Fehrbelliner Platz 3 1000 Berlin 31 Telefon 86 83-5 20/5 16 Telefax 86 83-4 55

Der Bericht informiert über die gegenwärtige Berufsbildungspolitik der Niederlande und beschreibt die gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen das niederländische Berufsausbildungssystem steht.

Besonderes Interesse verdienen auch die niederländischen Vorstellungen zur geplanten Verstärkung der Praxiskomponente in der beruflichen Ausbildung und zur Verbesserung der Anpassungsflexibilität in den Berufsschulen.